

# Ohne Kalk kein Kalksandstein

Lange Genehmigungsverfahren und mangelnde Planungssicherheit bereiten rohstoffabbauenden Unternehmen oft Kopfzerbrechen. Was es braucht, um den Abbau von Kalk-, Sand-, Tonstein und Co. langfristig zu sichern, hat die IHK in einem Positionspapier festgehalten. • Von Tobias Hertel

Wer Rohstoffe fördert, denkt in Generationen. Andre Menger, Geschäftsführer von Westermann Steinbruch in Ibbenbüren, erwartet in diesem Frühjahr die Genehmigung, um den Steinbruch von bisher 15 auf 30 Hektar erweitern zu können. Den Antrag dafür stellte er bereits 2018. 500.000 Tonnen Schiefer- und Sandstein, zum Beispiel für Straßen- und Wasserbau, fördert er etwa pro Jahr aus dem bestehenden Steinbruch. „Damit ist er aber noch nicht annähernd ausgebeutet.“ Die Erweiterung dient folglich eher dem Ziel, Rohstoffverfügbarkeit langfristig zu sichern. Der Projektname weist denn auch in die weitere Zukunft und lautet „Westermann 2050“. „Damit gehe ich quasi in Rente“, sagt der 40-Jährige.

### Verfahren beschleunigen

Ein solches Generationenprojekt ist eine Steinbruch-Erweiterung vor allem deshalb, weil die Verfahren dauern. „Mit vier Jahren vom Antrag bis zur Genehmigung sind wir schnell unterwegs“, betont er. Zehn bis 15 Jahre seien eher der Regelfall. Der Punkt „Genehmigungsverfahren beschleunigen und Komplexität reduzieren“ gehört nicht ohne Grund zu den fünf Kernforderungen im Positionspapier, das die IHK-Vollversammlung im März verabschiedet hat.

Schnell ging es bei Westermann auch deshalb, weil es

gegen die Pläne keine langwierigen Klageverfahren gab. „Wir pflegen eine vernünftige Nachbarschaft“, so Menger. Dazu gehört auch, mit Verbänden wie dem Naturschutzbund Deutschland oder der Arbeitsgemeinschaft für Naturschutz Tecklenburger Land zusammenzuarbeiten. „Wir haben mit offenen Karten gespielt.“

Denn der schnelle Konsens hängt immer auch von den Gesprächspartnern in Behörden und Verbänden ab. Menger hat durchaus schon erlebt, dass es emotio-

nal wird. Schlimmstenfalls verhären sich Fronten, „jede Kleinigkeit wird dann vor dem Verwaltungsgericht verhandelt“. Er wünscht sich mehr Verlässlichkeit. Rohstoffvorkommen zu erschließen, dürfe nicht zu einem unkalkulierbaren Risiko werden. Menger unterstreicht das und berichtet aus der Praxis: Beim sogenannten Scooping-Termin am Anfang des Verfahrens seien mit allen Beteiligten die Bedingungen für eine Genehmigung abgestimmt worden. Festgelegt wurde dabei auch der Böschungswinkel. Der muss so beschaffen sein, dass der Grubenrand nicht abrutschen kann. Alles klar also? Nicht für den geologischen Dienst, der trotz der Vereinbarung doch noch ein Standgutachten verlangte. Das bedeutete eine Verzögerung von über einem Jahr und zusätzliche Kosten von etwa 20.000 Euro. Auf diese Überraschung hätte Menger gern verzichtet.

Verlässlichkeit und Verbindlichkeit bedeuten für Menger auch, dass Ausgleichsmaßnahmen konkreter definiert werden. Ein Beispiel ist der Ermessensspielraum in den Bezirksregierungen: Die eine Behörde verlangt für einen Hektar Wald zwei Hektar Ausgleichsfläche, die andere drei. Um durch Kompensationsmaßnahmen die Flächenkonkurrenz zu Landwirten oder Kommunen, die Bauland ausweisen wollen, nicht zu erhöhen, fordert die IHK darum



Generationsaufgabe Rohstoffsicherheit: Andre Menger plant mit dem Programm „Westermann 2050“ die Erweiterung des Steinbruchs in Ibbenbüren. Foto: Westermann GmbH & Co. KG

„maßgeschneiderte Kompensationsmöglichkeiten“. Menger hat dazu eine Idee: Statt Ackerland in Wald umzuwandeln, sei es häufig sinnvoller, bestehende, oft als Monokulturen bewirtschaftete Wälder ökologisch aufzuwerten. „Da fehlt oft noch die Beweglichkeit“, bedauert er und wünscht sich generell eines: Mehr Dialog zwischen allen Beteiligten.

### Diskussionen versachlichen

Das ist auch ein Anliegen, das die IHK in ihrem Positionspapier festgehalten hat. Emotionsgeladene Diskussionen sollen versachlicht werden. Das Ziel unterschreibt Per Wasner, einer der Geschäftsführer von Calcis. „Es hängt aber immer von den Beteiligten ab“, schränkt er etwas ein und schildert eigene Erfahrungen: Mit zwei Naturschutzverbänden habe er sich einigen können, einer stelle sich quer. Und schon wird die Erweiterung des Steinbruchs in Lienen schwieriger.

In vier Steinbrüchen fördert Calcis Kalk. Drei davon liegen entlang des Teutoburger Walds. Der Steinbruch in Lienen liegt



Der Steinbruch in Lienen soll erweitert werden? Calcis-Geschäftsführer Per Wasner setzt im Genehmigungsverfahren auf Dialog und sachliche Diskussionen. Foto: Calcis

seit 2004 in einem FFH-Gebiet. Der Waldmeister-Buchenwald soll sich hier entwickeln – was das Unternehmen unterstützt. 2008 wurde eine Vereinbarung mit dem Land geschlossen, wie Kompensationsmaßnahmen für Erweiterungen angerechnet werden können. „Wir haben dazu ein Konzept erstellt mit Naturschutzbehörden und Verbänden“, berichtet Wasner. Mehr als 43 Hektar Wald wurden mit Buchen aufgestockt, weitere Flächen rekultiviert. Als dann der Steinbruch in Lienen um 30 Hektar erweitert werden sollte, rechnete Wasner „in gutem Glauben an die Vereinbarung“ nicht mit größeren Hindernissen. 2013 überraschte allerdings

der damalige Landesumweltminister Johannes Rimmel mit einem Erlass, in dem er ausgerechnet Kalkabbau aus der Regionalplanung ausklammerte. „Wir haben uns auf eine Ausnahmegenehmigung gestützt und uns in einem neuen Antrag 2019 auf eine Erweiterung von knapp zehn Hektar beschränkt“, berichtet Wasner. Ein Erörterungstermin fand statt, die Öffentlichkeit wurde beteiligt. Doch die Fläche sollte noch weiter schrumpfen: Trockenheit und Borkenkäfer setzten dem Fichtenwald so zu, dass er sich nicht mehr als Jagdrevier für das Große Mausohr, eine Fledermausart, eignete. Die vereinbarte Ausgleichsmaßnah-

me war damit vom Tisch. Calcis nahm es als „höhere Gewalt“ hin und legte Antrag Nummer drei vor. Nun geht es um nur noch 4,7 Hektar. Was Wasner wundert: Das Gelände ist unverändert, die Fläche sogar kleiner, dennoch ist erneut eine Offenlage notwendig. „Dabei wurde schon über alles gesprochen.“ Die Bezirksregierung möchte größtmögliche Rechtssicherheit herstellen, was er durchaus nachvollziehen kann. Am 28. Juni trifft man sich erneut zum Erörterungstermin, auf eine Genehmigung hofft er bis Jahresende.

### 160 Hektar Laubwald geschaffen

Aus geplanten 30 Hektar werden damit weniger als fünf Hektar Erweiterungsfläche. Viel Kalk, der in Hoch- und Straßenbau oder bei der Stahlherzeugung benötigt wird, bleibt in der Erde. Um mehr Flächen verfügbar zu machen, fordert die IHK flexiblere Planungen. Zum Beispiel durch Flächentausch, falls eine vorgesehene Fläche nicht genutzt werden kann. So kann ein Beitrag zur Rohstoffsicherheit geleistet werden.

Das ist wichtig wegen der sogenannten „Lageabhängigkeit“ – Rohstoffe sind eben nicht überall verfügbar. Wasner bestätigt: Vor dem Eingriff in ein FFH-Gebiet ließ er einen Gutachter Alternativen prüfen – „es gibt sie nicht“. Deswegen ist der Dialog aus seiner Sicht so wichtig. „Industrie muss transparenter werden“, erklärt er, auch um Vorurteile abzubauen. Calcis habe zum Beispiel schon über 160 Hektar Laubwald geschaffen. Auch sei die Inanspruchnahme durch eine Abgrabung immer zeitlich begrenzt und die Fläche werde hinterher ökologisch aufgewertet. Deutlicher werden müsse aber auch: „Ohne Kalk gibt es keine Kalksandsteine – oder sie werden von weit her angeliefert.“ Das sei ökologisch kaum sinnvoll. „Rohstoffe aus der Region sollten auch in der Region genutzt werden“, ist er überzeugt. •

*„Rohstoffe aus der Region sollten auch in der Region genutzt werden.“*

*Per Wasner*

## IHK-Position Rohstoffe

„Heimische Rohstoffe sind eine wichtige Grundlage der regionalen Wirtschaft“, lautet der erste Satz im IHK-Positionspapier. „Zugang zu regionalen Rohstoffen langfristig sichern“, das die IHK-Vollversammlung am 10. März beschlossen hatte. Heimische Rohstoffe bilden danach nicht nur die Basis für die unmittelbare rohstoffgewinnende- und -verarbeitende Industrie selbst, sondern auch für die Wertschöpfung in den nachgelagerten Wirtschaftszweigen. Im Jahr 2022 werden die Zielvorgaben für die zukünftigen räumlichen und strukturellen Entwicklungsmöglichkeiten in der Region Nord-Westfalen durch die Regionalpläne Ruhr und Münsterland neu gefasst,



ebenso wie die Zielvorgaben für den Bereich des Rohstoffabbaus. Die IHK vertritt als Träger öffentlicher Belange hier das Interesse der regionalen Wirtschaft. Ihre Kernforderungen lauten:

**Flächen langfristig sichern**  
Die langfristige und verbindliche Sicherung von Flächen für die Rohstoffindustrie steht

an erster Stelle. Dafür sollen Standorte planerisch festgelegt und dauerhaft von Nutzungen freigehalten werden, die einer

**Planungsflexibilität erhöhen**  
Die IHK will eine höhere Flexibilität bei der Planung erreichen. So sollten für den Fall, dass Flächen

für den Abbau nicht zur Verfügung stehen, andere Flächen genutzt werden können.“

**Genehmigungsverfahren beschleunigen und Komplexität reduzieren**  
Zudem setzt sich die IHK dafür ein, dass die Genehmigungsverfahren beschleunigt und vereinfacht werden. Dazu sollten Prozessbeschreibungen für

das Verfahren verbindlich festgelegt und die einzureichenden Unterlagen definiert werden, sodass Unternehmen frühzeitig informiert sind.

**Dialog zwischen den Beteiligten stärken**  
Aufgrund der bestehenden Interessenkonflikte über die Nutzung der Flächen schlägt die IHK weiterhin vor, dass

Politik und Wirtschaft gemeinsam das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Notwendigkeit des Abbaus regionaler Rohstoffe stärken.

**Maßgeschneiderte Kompensationskonzepte ermöglichen**  
Fortschritt setzt sich die IHK für maßgeschneiderte Kompensationskonzepte ein, also Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die die Flächenkonkurrenz zulasten von landwirtschaftlichen Flächen nicht weiter erhöhen.

[www.ihk-nw.de/positionen](http://www.ihk-nw.de/positionen)

**IHK-Kontakt**  
Ulf Horstmann  
Tel. 0251 707-240  
ulf.horstmann@ihk-nw.de  
Dr. Jana Burchard  
Tel. 0251 707-440  
jana.burchard@ihk-nw.de